

2 Meinungen

Leserbriefe

Problemfall KBA Hard

Zu «KBA Hard: Kritik an Sanierungsplan», SN vom 9. 6.

Der finanzielle Schaden ist immens, und alle wissen es besser und überborden mit neuen Ideen wie Herr Isliker. Aber wer fragt die Menschen, die in der nahen Umgebung der KBA Hard wohnen und immer wieder die Nase rümpfen wegen des Gestanks? Den Anwohnern des Engequartiers stinkt es gewaltig. Niemand kümmert sich um die Anliegen, obwohl sie schon jahrelang aktenkundig sind. Ich würde Herrn Rohner wie auch Herrn Isliker gerne mal im Engequartier begrüßen, wenn es wieder einmal gewaltig stinkt. Darum: Ein Ende mit Schrecken ist allemal besser als ein Schrecken ohne Ende. Es muss eine bessere Lösung her, vor allem aber eine Lösung, die nicht stinkt. (Kleine Frage noch: Wieso steht diese Stinkfabrik eigentlich nicht in Schaffhausen oder in Neuhausen?)

Christoph Widmer
Beringen

Sparen bei gutem Integrationsprojekt

Zu «Gefährdete Jugendliche sind auf Unterstützung angewiesen», SN vom 23. 5.

Die 50-Prozent-Stelle des Case Managements (CM) soll gestrichen werden, um damit 50 000 Franken jährlich zu sparen. Im CM werden Jugendliche, die den Anforderungen der beruflichen Grundausbildung ohne Unterstützung nicht gewachsen sind, frühzeitig erfasst und individuell begleitet. Zurzeit werden 75 Jugendliche vom CM gecoacht, und zwar nicht nur vom Stelleninhaber, sondern auch von zahlreichen Freiwilligen, die ehrenamtlich viel Zeit aufwenden und einen grossen Einsatz für die berufliche Integration dieser 75 jungen Menschen leisten. Nach den Plänen der Regierung soll neu die Lehraufsicht diese Aufgabe übernehmen. Dass das nicht mit einem Leistungsabbau einhergeht, bezweifeln alle Fachpersonen, mit denen ich darüber gesprochen habe. Denn ein grosser Teil am Erfolg des CM ist der sehr guten Vernetzung des Stelleninhabers mit Arbeitgebern, Fachstellen und Lehrpersonen und seinem Einsatz zu verdanken. Vor einigen Jahren brüstete sich dieselbe Regierung noch mit diesem Vorzeigeprojekt zur beruflichen Integration, und nun ist ein 50-Prozent-Pensum zu viel? Das ist unverständlich! Die Regierung verrechnet sich bei dieser Sparmassnahme gründlich, und das einmal mehr auf Kosten der Schwächeren: Denn arbeitslose Jugendliche und junge Erwachsene ohne Ausbildung werden den Kanton sehr viel teurer zu stehen kommen als das 50-Prozent-Pensum des Casemanagers!

Linda De Ventura
Schaffhausen

Willkommen im kleinen Paradies

«Wenn ein roter Drache Anstoss erregt», SN vom 10. 6.

Oh, was sind wir doch ein glücklicher Kanton, wenn wir keine anderen Probleme haben, als dass die falsche Flagge weht. Willkommen im kleinen Paradies!

Sonja Winkler
Neunkirch

Das Wales zum Wallis machen

«Wenn ein roter Drache Anstoss erregt», SN vom 10. 6.

Mein Tipp an Thomas Steinemann: Nähen Sie ein «!» auf ihre Fahne, dann wird aus einer Waliser Fahne (verboten) eine Walliser Fahne (erlaubt).

Jürg Tanner
Schaffhausen

Fahren die Planer auch ÖV?

Zu «Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen», SN vom 4. 6.

Die Buslinie 24, die mit dem Fahrplanwechsel gekappt werden soll, bringt nicht nur die Einwohner von Opfertshofen nach Schaffhausen, sondern auch die nicht motorisierten Städter – die gibt es tatsächlich – auf den Reiat. Vor allem für die Senioren ist das Aussichtsrestaurant Reiatstube in Opfertshofen ein beliebtes Ausflugsziel. Würde die Buslinie ab 2016 nur noch bis Büttenhardt führen, wäre das ein herber Verlust sowohl für die Einwohner von Opfertshofen als auch für die Wanderer und die Besucher der «Reiatstube». Theoretisch ist Opfertshofen zwar auch mit der Buslinie 26 ab Thayngen zu erreichen, aber gesichert ist diese Verbindung keineswegs. Hat nämlich der Zug nach Thayngen Verspätung, was immer wieder einmal vorkommt, kann ihn der Bus wegen seines eigenen gedrängten Fahrplans offenbar nicht abwarten. Man strandet dann frustriert am wenig attraktiven Thaynger Bahnhof. Passiert das dummerweise beim Zug, der Schaffhausen hätte um 11.47 Uhr verlassen sollen, um den Anschluss um 12 Uhr in Thayngen zu erreichen, wird die Suppe ziemlich kalt. Der nächste Bus auf den Reiat fährt nämlich erst um 13.25 Uhr. Höchst ärgerlich für die Gäste der «Reiatstube» und schlicht unzumutbar für die Pendler nach Opfertshofen, die zum Mittagessen heimkehren möchten. Gerade sie können ja in Schaffhausen nicht einfach einen früheren Zug nehmen, um den Anschluss zu gewährleisten. Ob wohl unsere Verkehrsplaner, die derartige Schildbürgerstreiche aushecken, auch mit dem öffentlichen Verkehr unterwegs sind?

Elisabeth Gaechter
Schaffhausen

Mietzinsreduktion nicht automatisch

Zu «Die Praktiken der Wohnungsvermieter», SN vom 2. 6.

Die Mietzinssenkungen sind aktuell. Leider obliegt den Wohnungsvermietern nach wie vor nicht die Verpflichtung, die Mietzinssenkung automatisch zu gewähren. Der Mieter hat demzufolge aktiv zu werden. Es gilt, beim Vermieter schriftlich Mietzinssenkungen zu verlangen. Sollten ältere Mieter nicht mehr in der Lage sein, ein solches Begehren zu stellen, so gilt es, behilflich zu sein.

Arthur Müller
Schaffhausen

Unter der Rubrik «Leserbriefe» veröffentlicht die Redaktion Zuschriften aus dem Leserkreis, um deren Publikation sie ausdrücklich ersucht wurde. Die Verantwortung für den Inhalt der Einsendungen tragen die Verfasser. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen oder Texte ehrverletzenden Inhalts zurückzuweisen. Anonyme Zuschriften wandern in den Papierkorb. In der Regel werden nur mit vollem Namen, Adresse und Telefonnummer gezeichnete Leserbriefe veröffentlicht.



Schweizer Soldaten sollen sechs Wiederholungskurse absolvieren; so will es die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats, welche die Weiterentwicklung der Armee vorbehandelt hat. Bild Key

Endlich Planungssicherheit für die Armee

Sicherheit und Stabilität, zwei der wichtigsten Erfolgsfaktoren der Schweiz, sind einfach so vorhanden – könnte man meinen! Aber sie wurden über Jahrhunderte erarbeitet. Unsere Armee leistet schon seit Jahrzehnten einen erfolgreichen Beitrag dazu. Aufgrund der Friedenszeit seit rund 70 Jahren und insbesondere seit dem Mauerfall 1989 begann man immer mehr, die Armee zu hinterfragen und ihr schlechend finanzielle Mittel zu entziehen.

Wir stehen vor der dritten Sessionswoche in Bern, und einmal mehr steht die Armee zur Diskussion. Wir werden dabei Bestandesgrösse, Finanzen, Armeearbeit, Mobilisation und Ausrüstung diskutieren. Nach dem Sicherheitspolitischen Bericht, dem Armeebereich und den verschiedenen Mängellisten ist es an der Zeit, dass die Armee wieder Planungssicherheit erhält. Nur so kann man sich zukünftigen Herausforderungen stellen.

Das Ziel ist eine Erhöhung der Bereitschaft (Wiedereinführung der Mobilmachung), eine Verbesserung der Kaderausstattung, eine Vollausrüstung der Einsatzverbände sowie eine verstärkte Regionalisierung. Eigentlich alles Dinge, die selbstverständlich sind, aber in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt wurden.

Armee wird weiter verkleinert

Der Sollbestand von 100 000 Mann (entspricht einem Effektivbestand von 140 000, da Dienstverschiebungen und so weiter miterücksichtigt werden müssen) wird in der parlamentarischen Beratung kaum mehr geändert

Nächste Woche kommt die Weiterentwicklung der Armee in den Nationalrat. Die Kommission hat bereits einige Änderungen angebracht.

VON THOMAS HURTER

werden. Der ursprünglich vom Bundesrat vorgeschlagene Bestand von 80 000 Mann konnte zum Glück in den vorberatenden Kommissionen verbessert werden. Der Wunsch der SVP, eine Erhöhung auf 140 000 Mann, wird leider kaum eine Chance haben. Faktisch wird die Armee ein weiteres Mal um rund 40 Prozent verkleinert! Einen eindrücklichen Vergleich bietet der traurige Anschlag in Paris. Dort mussten rund 80 000 Mann kurzfristig aufgebildet werden. Oder bei einer Sicherungsübung um den Flughafen Zürich werden rund 25 000 Mann benötigt. Diese Zahlen zeigen, dass die Armee nicht weiter verkleinert werden darf.

Bei den militärischen Finanzen konnte dagegen endlich eine positive Wendung erreicht werden. Es ist ein Zahlungsrahmen über vier Jahre geplant (19,5 Milliarden für 2017 bis 2020),

selbstverständlich bleibt auch dieser nicht von zukünftigen Kürzungsprogrammen beim Bund verschont. Aber damit erreicht man eine gewisse Planungssicherheit. Die vorberatende Kommission des Nationalrates ist sogar noch etwas weiter gegangen und hat einen fixen Betrag von jährlich fünf Milliarden ins Gesetz aufgenommen. Ein Novum, doch ein klares Zeichen, dass die Armee nicht immer über die Finanzen gesteuert werden darf. Wer Sicherheit will, soll auch eine Versicherungsprämie bezahlen!

Sechs Wiederholungskurse geplant

Die Anzahl der Wiederholungskurse wurde ebenfalls angepasst. So hat der Ständerat die ursprünglich vom Bundesrat vorgeschlagenen 6 WK à zwei Wochen auf 5-mal drei Wochen erhöht. Eine Mehrheit der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates ist der Meinung, dass die Unterbrüche zwischen den einzelnen WK maximal zwei Jahre betragen sollten. Sie schlägt deshalb 6 WK à drei Wochen vor. Alles in allem wird die gesamte Dienstzeit eines Soldaten im Vergleich zu heute dennoch weiter verkürzt.

Es wird sich zeigen, ob der Nationalrat nächste Woche diese Änderungen akzeptieren wird. Gerade die heutige weltweite Sicherheitsituation sollte uns aber vor Augen führen, dass es an der Zeit ist, nicht mehr mit der Sicherheit zu spielen. Endlich erhält die Armee auch die nötige Planungssicherheit!

Thomas Hurter ist Schaffhauser Nationalrat (SVP) und Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission.

Presseschau Zum unbesiegtten Hackerangriff auf den Deutschen Bundestag

Es ist gut, dass es Hackern gelungen ist, den Bundestag virtuell einzunehmen. Und es ist wichtig, dass den Cyberkriminellen nicht nur ein kleiner Coup ge-

Vier Wochen nach Bekanntwerden des Angriffs steht also nicht einmal seine Grössenordnung fest. Wo eine gesicherte Expertise über den zugrunde

Ein «Cyber-Abwehrzentrum» mit zehn Mitarbeitern, dem selbst der sonst so knauserige Bundesrechnungshof 2014 attestiert, es sei zu schlecht ausgestat-



lungen ist, sondern ein Angriff, dessen Ausmasse niemand abschätzen kann und von dem offensichtlich keiner weiss, wie er zu stoppen ist. Warum das gut sein soll? Weil sich vielleicht jetzt die gewählten VolksvertreterInnen endlich einmal ernsthaft und konsequent damit beschäftigen, was die digitale Revolution für unser Zusammenleben, für die Struktur und die Organisation unserer Gesellschaft bedeutet. (taz)



liegenden Sachverhalt fehlt, lässt es sich dafür umso beherrzter politisch aufeinander einprügeln. Die Fraktionen streiten sich vor allem darüber, ob der Verfassungsschutz Krisenhilfe leisten soll oder nicht. Vor allem die Linkspartei äusserte Vorbehalte, frei nach dem Motto: Lieber die Russen im Netz als die eigenen Sicherheitsbehörden. (Die Welt)



tet, wirkt angesichts der jüngsten Attacke wie ein schlechter Witz. Die Bundestagsverwaltung hat die Gefahr durch solche Angriffe unterschätzt und es den digitalen Eindringlingen leichtgemacht. So jedoch war die Forderung nach mehr Transparenz in der Demokratie nicht gemeint. Gerade im Sinne funktionierender politischer Institutionen muss in deren Schutz mehr investiert werden. (Frankfurter Rundschau)